

# Bittere Pille für deutsche Rentner

Eine «Nullrunde» für Rentner stürzt Deutschland in eine neue Kontroverse um soziale Gerechtigkeit und die Finanzierung der Sozialsysteme.

Von **Werner Bosshardt, Berlin**

«Eins ist sicher – die Rente.» Diesen Glaubenssatz des deutschen Sozialstaates prägte vor noch nicht allzu langer Zeit Norbert Blüm, Helmut Kohls Sozialminister. Mittlerweile scheint nichts sicherer zu sein als die permanente Reform der Rentenversicherung. Ob Rürup-Kommission oder Herzog-Kommission: Kluge Köpfe suchen nach der goldenen Formel, die das System künftig auf Jahrzehnte hinaus stabilisieren soll – Stichworte wie Rentenalter 67 oder Absenkung des Rentenniveaus verbreiten Unsicherheit und Zukunftsangst. Weil aber die Zeit nicht stillsteht, muss alljährlich auch noch kurzfristig an den Stellschrauben gedreht werden.

Am Sonntag kam die rot-grüne Bundesregierung nicht umhin, eine grössere «Notoperation» vorzunehmen. Sie verschreibt den Rentnern im kommenden Jahr eine «Nullrunde» und belastet die Senioren künftig mit dem vollen (statt wie bisher dem halben) Beitragssatz zur Pile-

gersicherung. Dies führt zu Einkommensverlusten.

Während führende Exponenten von SPD und Grünen diese Einschnitte für «zumutbar» halten und die Wirtschaft Beifall klatscht, meldet der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschafts-Bundes «allergrösste Bauchschmerzen». Und die Interessenverbände drohen mit Verfassungsklage, ermuntern die 20 Millionen Rentner gar zum Denkmittel mit dem Wahlzettel. Für sie wird nun wieder einmal jene Generation geschröpft, «die Deutschland nach dem Krieg aufgebaut und jahrzehntelang Beiträge gezahlt hat».

Auch parteipolitisch lässt sich die Wut über die Regierung, die eine Rentenpolitik «nach Kassenlage» betreibt, trefflich instrumentalisieren. Es ist zum Beispiel einer allein stehenden Frau mit einer Rente von 500 Euro schwer zu vermitteln, dass sie nun den Gürtel noch etwas enger schnallen solle. Die sorgsam gepflegte Legende, die Regierung greife dreist in eine Art Sparbüchse, die man jahrzehntelang brav gefüttert habe, verklärt indessen die Wirklichkeit. Im deutschen Rentensystem werden die Renten – ähnlich wie bei der AHV in der Schweiz – direkt aus den Beiträgen der arbeitenden Bevölkerung gespeisen. Hinzu kommen massive staatliche Zuschüsse, über 77 Milliarden Euro sind es in diesem Jahr. Dennoch klafft in der Rentenkasse nun ein Loch von 8 Milli-

arden Euro. Mehr Arbeitslose und tiefere Einkommen bedeuten eben weniger Einnahmen – bei wachsenden Verpflichtungen.

Im Grunde musste sich die Regierung deshalb zwischen drei Übeln entscheiden: Erhöhung des Beitragssatzes, mehr staatliche Zuschüsse oder Einschnitte am Leistungsumfang. Sie wählte die Stabilität des Beitragssatzes (derzeit 19,5 Prozent, hälftig von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu bezahlen), um nicht durch steigende Lohnnebenkosten die wirtschaftliche Entwicklung zu kompromittieren; schon die Einführung der Ökosteuer, die zu einem grossen Teil in die Rentenkasse fliesst, hatte diesem Zweck gedient. Ausserdem glaubt die Regierung, mit der «Nullrunde» für Rentner auch einen Beitrag zur «Generationengerechtigkeit» zu leisten. Sie will die Jüngeren, die sich ohnehin auf ein tiefes Rentenniveau einstellen müssen, nicht noch mit immer höheren Beiträgen belasten.

## CDU/CSU legen sich quer

Mittel- und langfristig genügt indessen selbst ein markanter konjunktureller Aufschwung nicht, um das System im Lot zu halten, zu alarmierend sind die demografischen Trends (höhere Lebenserwartung, geringere Geburtenziffer). Den Notmassnahmen sollte deshalb in Kürze die längst-

fällige Strukturreform folgen. Und grundsätzlich liegen dabei Regierung und Opposition gar nicht so weit auseinander: Beide plädieren dafür, die demografische Entwicklung in die Rentenformel einzubauen (was de facto zu einer Senkung des Leistungsniveaus führt), beide wollen im Prinzip auch die Lebensarbeitszeit verlängern. Schliesslich unterstützen beide den Aufbau einer steuerbegünstigten zweiten Säule für die private Vorsorge. Bei Letzterem räumt die Regierung mittlerweile ein, dass sich ihre gut gemeinte «Riester-Rente» im bürokratischen Dickicht verfangen hat.

Bei den kurzfristigen schmerzlichen Einschnitten geht die Opposition indessen kühl auf Distanz. Und Pech für die Regierung, dass der Bundesrat (Länderkammer) in dieser Frage nur am Rande in die Verantwortung einbezogen ist. Für CDU und CSU hat Rot-Grün die aktuellen Probleme der Rentenversicherung selbst verursacht – zum einen mit ihrer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, zum andern mit der Abschaffung des «demografischen Faktors», den die Regierung Kohl noch 1998 eingeführt hatte. Als «unanständig» hatte der damalige Kanzlerkandidat Gerhard Schröder Norbert Blüms Rentenreform bezeichnet; nun zeigt die Union nicht die geringste Lust, dem Kanzler in seinem «selbst angerichteten Scherbenhaufen» die Hand zu reichen.